

Isolation der birmesischen Katholiken nicht nur negativ ausgewirkt. Nach der Ausweisung der ausländischen Missionare Ende der 60er Jahre waren die birmesischen Katholiken weitgehend auf sich selbst angewiesen.

Die Zahl der Priester beträgt nur 323 (laut statistischen Angaben des Vatikans, vgl. Int. Fidesdienst, 28. 09. 91, 302). Gegenwärtig gibt es mehr als 200 Seminaristen, und die Zahl der Priesterweihen liegt bei ungefähr 20 pro Jahr. Auch wenn die Priesterausbildung in den Seminaren von Rangun (Theologat) und Mandalay (Philosophat) kein sehr hohes akademisches Niveau erreicht und theologi-

sche Fachliteratur nur sehr eingeschränkt ins Land gelangen kann, konnte die katholische Kirche in den letzten beiden Jahrzehnten doch ein starkes äußeres und inneres Wachstum verzeichnen. Einheimische Ordensleute, vor allem die mehr als 900 Schwestern und 50 Brüder, 1150 Katechisten und viele ehrenamtliche Mitarbeiter haben das kirchliche Leben lebendiger und authentischer werden lassen. Wie in einer Reihe anderer asiatischer Kirchen wird auch in Birma ein Jahrzehnt der Evangelisierung in Vorbereitung auf das dritte christliche Jahrtausend durchgeführt.

Georg Evers

## Kurzinformationen

### Asyl, RU 486 und Zölibat als Themen der Herbstvollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz

Bei ihrer Herbstvollversammlung vom 5. bis 7. November in Wien hat die Österreichische Bischofskonferenz erneut gegen eine Einführung der „Abtreibungspille“ RU 486 ausgesprochen (vgl. ds. Heft, S. 544). In der Presseerklärung nach Abschluß der Vollversammlung heißt es, die Einführung dieses Abtreibungsmittels würde „einen weiteren Abbau des Lebensschutzes und die Gefahr einer Steigerung des Abtreibungsdruckes auf schwangere Frauen in Not“ bedeuten. Die Bischofskonferenz bitte daher dringlich, von einer Einführung des Präparates abzusehen. Dringend nötig seien dagegen Überlegungen zu einem besseren Schutz des ungeborenen Lebens wie z. B. die Erleichterung der Adoption. Zur Regierungsvorlage für ein *neues Asylgesetz* stellt die Presseerklärung fest, die Bischöfe teilten die Sorge nicht weniger Menschen in Österreich, daß die Vorlage dem Anspruch der Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Verwaltungsverfahrens und eines fairen Umgangs mit den Asylsuchenden nicht ausreichend Rechnung trage. Der Verzicht auf eine sorgfältige Überprüfung von Asylanträgen stehe im Widerspruch zu den menschenrechtlichen Grundsätzen und zum Respekt vor der Würde jedes Menschen. Im Blick auf die in Österreich in den vergangenen Monaten z. T. heftig und mit erheblicher Medienbeteiligung geführte *Zölibatsdiskussion* heißt es in der Presseerklärung der Bischofskonferenz, sie nehme die „große Mehrheit der Priester Österreichs, die in Treue zu ihrer Zölibatsverpflichtung lebt“, gegen generelle Verdächtigungen in Schutz. Die Bischöfe wollten selbstverständlich auch allen Priestern, die in Zölibatsproblemen stünden, „brüderliche Hilfe“ geben. In der Pressekonferenz nach der Vollversammlung sagte Bischof *Johann Weber* von Graz zu diesem Punkt, die Österreichische Bischofskonferenz bekenne sich zur gegenwärtigen Ordnung der katholischen Kirche des lateinischen Ritus, also der Ehelosigkeit der Priester. Der Zölibat als Verzicht auf die Ehe „um des Himmelreiches willen“ sei zweifellos ein biblischer Wert. Allerdings solle man auch über die Frage der

„viri probati“ offen reden können, besonders im Blick auf priesterarme Gegenden.

### Erste Ergebnisse einer neuen Untersuchung über Werte und Religiosität in Europa und Nordamerika

Zehn Jahre nach der internationalen Werteumfrage, die 1981 in westeuropäischen Ländern und den USA durchgeführt wurde (vgl. HK, August 1987, 383 ff.) und deren Länderauswertungen in den Jahren danach erschienen (für die Bundesrepublik: *Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher*, *Die verletzte Nation*, Stuttgart 1987), wurde unter der Ägide der „Studiengruppe für Werte in Europa“ eine vergleichbare Umfrage wiederholt. 1990/91 wurden, koordiniert durch das Allensbacher Meinungsforschungsinstitut, Menschen in elf westeuropäischen Ländern nach ihren Werten befragt; durch andere Institute wurden in der gleichen Zeit ähnliche Umfragen in weiteren europäischen Ländern, den USA, Kanada, Südafrika und Japan durchgeführt. Diesmal waren auch früher kommunistisch regierte Länder in Mittel- und Osteuropa einbezogen. Erste Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung liegen inzwischen für die EG-Länder, die skandinavischen Länder, die USA und Kanada vor. Schon erschienen ist die ausführliche Auswertung für *Spanien* (*F. A. Orizo*, *Los nuevos valores de los Españoles*). Nach der Umfrage 1990/91 bewegt sich der Anteil der Menschen, die an Gott glauben, zwischen 38 Prozent in Schweden und 96 Prozent in Irland. In der (alten) Bundesrepublik sind es 64, in Frankreich 57, in den USA 93 und in Kanada 86 Prozent. Beim Glauben an ein Leben nach dem Tod reicht die Bandbreite von 31 Prozent in Schweden bis 71 in Irland; Westdeutschland liegt bei 38 Prozent. Auf die Frage, wie oft sie, abgesehen von Hochzeiten und Beerdigungen und Taufen, einen Gottesdienst besuchen, gaben 52 Prozent der Franzosen (höchster Wert) und 4 Prozent der Iren die Antwort „praktisch nie“. In Großbritannien ergaben sich 46 Prozent Nichtkirchgänger, in Belgien 44, in der (alten) Bundesrepublik 20. Die Antwort „mindestens einmal pro



Woche“ auf die Frage nach dem Gottesdienstbesuch gaben in der Bundesrepublik 19 Prozent, in Italien 40, in den USA 43 und in Irland 65 Prozent. Am niedrigsten lagen die Werte hier mit 2 Prozent in Dänemark und 4 in Schweden. Vertrauen in ihre Kirche haben nach der neuen Werteumfrage 68 Prozent der US-Amerikaner, aber nur 40 Prozent der Westdeutschen; niedriger liegen die Werte nur für Schweden (35) und die Niederlande (32 Prozent).

### Die französischen Bischöfe kündigen eine Erklärung zur sozialen Krise in ihrem Land an

Die jüngste Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz in Lourdes wartete nicht mit spektakulären Einzelthemen oder -entscheidungen auf. Es waren diesmal eher die Zwischentöne, die – zusammengekommen – dann doch eine Botschaft ergaben, wenn auch nicht eine von der Art, wie man sie gewohnt ist. Gleich in zwei Fällen entschlossen sich die Bischöfe, Entwürfe von Stellungnahmen später zu veröffentlichen: in einem Fall handelt es sich um eine Erklärung zur *sozialen Lage in Frankreich* aus Anlaß von 100 Jahre *Rerum novarum*. Der Gegenstand habe sich als komplexer herausgestellt als erwartet, verteidigte man diesen Aufschub. Für Aufschub und Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung für Mai 1992 entschied man sich bei den *neuen Statuten für das kirchliche Unterrichtswesen*. Offiziell sprach man auch hier von der Breite und Vielschichtigkeit des Themas, die eine Verschiebung hätten angezeigt erscheinen lassen. Offensichtlich haben aber auch hier grundlegende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bischofskonferenz ein entschlosseneres Handeln zum gegenwärtigen Zeitpunkt verhindert. Der Chronist von *Le Monde* (31. 10. 91) sprach davon, daß eine neue Generation von Bischöfen offensichtlich eher an den Themen der eigenen Diözese interessiert sei und weniger an den das ganze Land betreffenden Fragen. Im übrigen, verjüngt und in seiner inneren Struktur wie in den persönlichen Einstellungen verändert, wie er nun einmal sei, müsse der französische Episkopat erst noch seine Arbeitsweise finden. Daß es gegenwärtig auch um das Verhältnis der französischen Kirche zum Staat nicht zum besten bestellt ist, belegten indes zwei Themen aus der Eröffnungsansprache des Konferenzvorsitzenden, Erzbischof *Joseph Duval*. Duval zeigte sich enttäuscht darüber, daß in der Frage einer neuen Festlegung der Schulzeiten – und damit indirekt die Frage der für die Katechese reservierten Zeiten – bisher keine befriedigende Lösung gefunden worden sei. Die an der Katechese interessierten Familien hätten ein Recht darauf, in ihrer Freiheit anerkannt zu werden (vgl. HK, Dezember 1988, 504). Schärfer nahm die Rede Duvals erst recht an, als er sich über die gegenwärtige wiederholt festzustellende Verwendung religiöser Symbole und Inhalte in der Werbung beklagte und die französische Regierung aufforderte dafür zu sorgen, daß der Respekt vor den religiösen Überzeugungen im Land gewahrt werde. „Wann versteht man endlich in Frankreich, daß eine

gesunde Laizität nicht bedeutet, Religion zu ignorieren, sondern ihre Existenz und ihre Annahme durch die Menschen zu respektieren?“

### Die US-Bischöfe äußerten sich zur politischen Verantwortung der Kirche

Am 17. Oktober wurde von den US-amerikanischen katholischen Bischöfen – genauer: vom Geschäftsführenden Ausschuß der Bischofskonferenz – ihre traditionelle Stellungnahme im Blick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen veröffentlicht. Anfang 1993 endet das erste vierjährige Mandat von Präsident *George Bush*, und im November kommenden Jahres finden die Präsidentschaftswahlen statt. Das Dokument besteht (Wortlaut in: *Origins*, 24. 10. 91, 313 ff.) im wesentlichen aus drei Teilen: Im Einleitungsteil kritisieren die Bischöfe in großer Schärfe sowohl das verminderte Interesse der Bürger und Wähler am politischen Leben ihres Landes als auch Tendenzen in der Politik selbst, die z. T. immer inhaltsleurer werde und wirkliche Teilhabe der Bürger erschwere. Diese *Entfremdung zwischen Politikern und Stimmbürgern* stelle einen „gefährlichen Trend“ dar, der den Kern der demokratischen Traditionen der Vereinigten Staaten zu untergraben drohe. „Kandidaten und andere berufsmäßig mit Politik Befasste erwecken den Anschein, als sei ihnen mehr am taktischen Kampf gelegen als an der sachlichen Debatte. Es geht ihnen mehr darum, die Unterstützung für die Gegner zu vermindern, als um Unterstützung für die eigenen Sache zu werben...“ In Wahlkampagnen gehe es oftmals mehr um „Symbole“ und die „lauten Töne“. Die Bürger seien immer weniger an den Kandidaten und an Inhalten interessiert. Die USA bräuchten nicht *weniger*, sondern *mehr* politische Teilhabemöglichkeiten für die Bürger. In einem zweiten Teil reklamieren die Bischöfe für sich eine eigene Art der politischen Verantwortung, der es nicht darum gehe, den Bürgern zu sagen, wie sie zu wählen hätten oder die Kandidaten irgendwelchen religiösen Tests zu unterziehen. Eine solche Haltung wäre „pastoral unangemessen, theologisch ungesund und politisch kurzfristig“. Als Bischöfe gehe es ihnen vielmehr darum, die moralische und menschliche Dimension von öffentlich diskutierten Themen für die eigene kirchliche Gemeinschaft wie auch für die Gesamtgesellschaft herauszustellen. Man wolle die Bürger insoweit beeinflussen, daß sie nicht nur auf der Basis eines eng verstandenen Eigeninteresses diese Entscheidungen trafen. In einem abschließenden Teil fassen die Bischöfe ihre aus zahlreichen Äußerungen bekannten Auffassungen zu einer Reihe von Themen zusammen, die die öffentliche Debatte in den USA beherrschen: Abtreibung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Todesstrafe, Rassismus und Diskriminierungen jedweder Art, Wirtschaft, Erziehung, Euthanasie (vgl. ds. Heft, S. 588), Familie, Landwirtschaft und Umwelt, Gesundheitswesen, Wohnungswesen, Menschenrechte, Einwanderer, Massenmedien, Flüchtlingsprobleme, Drogenmißbrauch und verschiedene – aus amerikanischer Sicht – regionale Konfliktherde im Ausland.